

Bericht und Dringlichkeitsantrag des staatlichen Ausschusses für Petitionen

Bericht Nr. 22.1 des Ausschusses für Petitionen

Der Ausschuss für Petitionen hat am 26.09.2025 die nachstehend aufgeführte Petition abschließend beraten:

Der Ausschuss bittet bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke sowie bei Gegenstimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und BÜNDNIS DEUTSCHLAND, folgende Petition für erledigt zu erklären, weil die Bürgerschaft (Landtag) keine Möglichkeit sieht, den Anliegen zu entsprechen:

Eingabe Nr.: L21/147

Gegenstand: Kritik an Fortsetzung der FreiKarte

Begründung:

Der Petent kritisiert in Anlehnung an seine abgeschlossene Petition L21/27 die Fortsetzung der sogenannten „FreiKarte“ für die Jahre 2024 und 2025 in Bremen und fordert, dass sich diese Ausgaben für die FreiKarte nicht wiederholen. Die FreiKarte finanzierte Kindern und Jugendlichen mit Wohnsitz im Land Bremen den Zugang zu sozialen, sportlichen und kulturellen Einrichtungen bis zu insgesamt 120 EUR in den Jahren 2022 und 2023. Für die Jahre 2024 und 2025 hat der Senat die FreiKarte 2.0 auf den Weg gebracht. Der Petent beanstandet die Weiterführung der FreiKarte nach der Corona-Pandemie und empfiehlt alternative Investitionen wie Nachhilfestunden, Sprachkurse für Jugendliche und Sanierung und Neubau von Kitas oder Schulen. In all diesen Bereichen sei das Geld vom Land Bremen im Sinne der Jüngsten langfristig besser angelegt. Der Petent verweist in Anlehnung an das Schwarzbuch 2023/2024 des Bundes der Steuerzahler auf den Vorwurf der Mittelverschwendung durch diese „Geldgeschenke“ und fordert, dass dieser Verschwendung öffentlicher Gelder nachgegangen wird und die Vorgänge aufgeklärt würden, so dass diese sich nicht wiederholen.

Die Petition wird von 14 Mitzeichnenden unterstützt.

Der Petitionsausschuss hat zum Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme des Chefs der Senatskanzlei eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst wie folgt dar:

Der Petitionsausschuss teilt die Kritik des Petenten an der Fortführung der FreiKarte nicht und sieht daher keine Möglichkeit dem Anliegen zu entsprechen. Der Chef der Senatskanzlei hat dem Petitionsausschuss mitgeteilt, dass Anlass für die Schaffung der FreiKarte in Bremen die durch die Corona-Pandemie ausgelöste soziale Isolation von Kindern und Jugendlichen war. Mit den Geldgeschenken sollten Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihren individuellen finanziellen Möglichkeiten die kulturelle und soziale Teilhabe ermöglicht werden. Der Ausschluss von Kindern und Jugendlichen vom gesellschaftlichen Leben während

der Pandemie wirke immer noch nach. Die psychosozialen Belastungen hätten unter anderem zu einem Anstieg emotionaler Störungen und psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen geführt, welche auch lange Zeit nach der Pandemie noch anhalten werden. Die FreiKarte habe Kinder und Jugendliche aus der sozialen Isolation geholt und die selbstbestimmte gesellschaftliche Teilhabe an Freizeit, Kultur und Sportangeboten substantiell verbessert. Das Projekt habe barrierearm, diskriminierungsfrei und schnell umgesetzt werden können, da die FreiKarte automatisch an alle Kinder und Jugendliche mit Erstwohnsitz im Land Bremen auf Grundlage der Daten der Meldebehörde verschickt wurde. Die Beantragung der FreiKarte und die Vergabe nach Prüfung der Einkommensverhältnisse hätten einen größeren Verwaltungsapparat benötigt und die Antragstellung hätte für viele Menschen eine große Hürde dargestellt. Es gebe zudem viele positive Rückmeldungen aus den Stadtteilen, von Familienberatungen, Erzieher:innen, Lehrer:innen und Sozialarbeiter:innen bezüglich der FreiKarte. Die FreiKarte sei eine sinnvolle Investition in die Kinder und Jugendlichen im Land Bremen, fördere ihre soziale Teilhabe und leiste einen wichtigen Beitrag zu ihrer Entwicklung.

Der Petitionsausschuss kann die Bedenken des Petenten insofern nachvollziehen, als die Kosten der Maßnahmen in Anbetracht der engen Haushaltslage im Land Bremen eine hohe Summe sind. Allerdings möchte der Petitionsausschuss zum Ausdruck bringen, dass die intensive Nutzung der FreiKarte in Bremen den Erfolg der Maßnahmen belegt. Das Ziel der Maßnahme, Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, ihre Freizeit frei, selbstbestimmt und unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern gestalten zu können, wird damit erreicht. Aufgrund des Erfolges der Maßnahme hat der Senat mittlerweile beschlossen, dass es die FreiKarte für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Bremen und Bremerhaven auch in den Jahren 2026 und 2027 mit geändertem Einsatzspektrum geben wird. Der Petitionsausschuss teilt die Ausführungen des Chefs der Senatskanzlei hinsichtlich der Verlängerung der FreiKarte und bittet daher, die Petition für erledigt zu erklären, da er keine Möglichkeit sieht dem Anliegen des Petenten zu entsprechen.

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss bittet die Bürgerschaft (Landtag), die Behandlung der Petitionen wie empfohlen zu beschließen.

Claas Rohmeyer
Vorsitzender